

**VEREINTE
NATIONEN**

Sicherheitsrat

Verteilung
ALLGEMEIN

S/PRST/1996/35
15. August 1996

DEUTSCH
ORIGINAL: ENGLISCH,
FRANZÖSISCH UND
RUSSISCH

ERKLÄRUNG DES PRÄSIDENTEN DES SICHERHEITSRATS

Auf der 3688. Sitzung des Sicherheitsrats am 15. August 1996 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes "Die Situation in Kroatien" im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

"Der Sicherheitsrat hat den Bericht des Generalsekretärs vom 5. August 1996 (S/1996/622) über die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES) und das Schreiben des Generalsekretärs vom 2. August 1996 (S/1996/632) betreffend die Finanzierung der bestehenden örtlichen Verwaltungsstrukturen im Einsatzgebiet der UNTAES behandelt.

Der Sicherheitsrat begrüßt die Fortschritte, welche die UNTAES bei der Durchführung des am 12. November 1995 unterzeichneten Grundabkommens über die Region Ostslawonien, Baranja und Westsirmien (S/1995/951, Anlage) (im folgenden als "Grundabkommen" bezeichnet) sowie dabei erzielt hat, die volle und friedliche Wiedereingliederung der Region Ostslawonien in die Republik Kroatien zu fördern. Er betont, daß die Wiederherstellung und Erhaltung des heterogenen ethnischen Charakters Ostslawoniens für die internationalen Bemühungen um die Wahrung des Friedens und der Stabilität in der gesamten Region des ehemaligen Jugoslawien wichtig sind. Er erinnert beide Parteien an ihre Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit der UNTAES. Er unterstreicht, wie wichtig der wirtschaftliche Wiederaufbau der Region, die Aufstellung einer Übergangspolizei und die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen an ihre Heimstätten in der Region ist, und wie wichtig es ist, daß die Regierung Kroatiens die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen an ihre ursprünglichen Heimstätten in anderen Teilen der Republik Kroatien erleichtert. Er unterstreicht ferner, wie wichtig die Abhaltung von Wahlen im Einklang mit dem Grundabkommen ist, sobald die dafür erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Der Sicherheitsrat erinnert die Regierung Kroatiens daran, daß sie gehalten ist, mit der UNTAES zusammenzuarbeiten und Bedingungen zu schaffen, die der Erhaltung der Stabilität in der Region förderlich sind. Er fordert die Regierung Kroatiens auf, ohne weitere Verzögerung die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Der Sicherheitsrat erinnert an die Erklärungen seines Präsidenten vom 22. Mai (S/PRST/1996/26) und 3. Juli (S/PRST/1996/30) und fordert die Regierung Kroatiens abermals nachdrücklich auf, ein umfassendes Amnestiegesetz für alle Personen zu verabschieden, die freiwillig oder gezwungenermaßen in der Zivilverwaltung, den Streitkräften oder der Polizei der örtlichen serbischen Behörden in den ehemaligen Schutzzonen der Vereinten Nationen tätig gewesen sind, mit Ausnahme derer, die Kriegsverbrechen im Sinne des Völkerrechts begangen haben. Der Rat stellt mit Besorgnis fest, daß das Amnestiegesetz und die im Bericht des Generalsekretärs vom 5. August beschriebenen Maßnahmen, die die Regierung Kroatiens danach ergriffen hat, nicht ausgereicht haben, um Vertrauen unter der örtlichen serbischen Bevölkerung in Ostslawonien zu schaffen. Der Rat nimmt davon Kenntnis, daß Präsident Tudjman und Präsident Milosevic am 7. August 1996 in Athen allgemeines Einvernehmen darüber erzielt haben, daß eine Generalamnestie eine unerläßliche Voraussetzung für die sichere Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen ist. Er erwartet, daß diesem Einvernehmen entsprechende konkrete Maßnahmen folgen werden.

Der Sicherheitsrat nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Einigung, die die Regierung Kroatiens und die UNTAES in Fragen im Zusammenhang mit der Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen in dem von der UNTAES verwalteten Gebiet erzielt haben (S/1996/648, Anhang). Er stellt jedoch fest, daß diese Mittel nicht zur Deckung aller Kosten dieser Dienstleistungen ausreichen, und geht davon aus, daß die Regierung Kroatiens umgehend und vorbehaltlos weitere Mittel zur Verfügung stellen wird. Er betont, daß es wichtig ist, eine funktionierende Zivilverwaltung zu gewährleisten, damit die Stabilität in der Region aufrechterhalten und mit dazu beigetragen werden kann, die Ziele des UNTAES-Mandats zu verwirklichen. Im Hinblick auf seine Resolution 1037 (1996) erinnert der Rat die Regierung Kroatiens außerdem daran, daß sie zur Bestreitung der Kosten des UNTAES-Einsatzes beitragen muß.

Der Sicherheitsrat weist darauf hin, daß im Grundabkommen ein Übergangszeitraum von 12 Monaten vorgesehen ist, der auf Ersuchen einer der Parteien um höchstens einen weiteren Zeitraum von dieser Dauer verlängert werden kann. Er betont, für wie wichtig er es erachtet, daß die UNTAES in der Lage ist, ihre auftragsgemäßen Aufgaben rasch und vollständig zu erfüllen, wozu auch die im Grundabkommen vorgesehene Organisation von Wahlen gehört. Diese Aufgaben bilden, wie der Generalsekretär feststellt, die Bausteine für den schwierigen Aussöhnungsprozeß. Zu diesem Zweck erklärt der Rat seine Bereitschaft, zu gegebener Zeit die Verlängerung des Mandats der UNTAES auf der Grundlage des Grundabkommens, seiner Resolution 1037 (1996) und einer Empfehlung des Generalsekretärs zu erwägen.

Der Sicherheitsrat spricht dem Übergangsadministrator und seinen Mitarbeitern seine Anerkennung aus und erklärt erneut, daß er die Bemühungen des Übergangsadministrators uneingeschränkt unterstützt.

Der Sicherheitsrat wird mit der Angelegenheit befaßt bleiben."
